

# Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten  
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern  
Beilage zur "Gewerkschaft", Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition:  
Berlin W. 57, Winterfeldt-Straße 24.  
Bemzprecher: Amt Lügau, Nr. 2746.  
• Redakteur: Emil Dittmer. •

Berlin,  
den 3. August 1917.

Erscheint alle Monat, am 1. Freitag.  
Bezugspreis inklusive "Die Gewerkschaft" vierter  
Jahreszahl durch die Post (ohne Bestell-Nr.) 2 M.  
Postleitzahl-Nr. 3164.

Inhalt: Krankenheime. — Lohnerhöhungen in den Irrenpflege-  
anstalten Berlins. — Aus den Berliner städtischen Rettungsstellen. —  
Aus der Praxis. — Aus unserer Bewegung — Rundschau.

## Krankenheime.

Die "Soziale Praxis" vom 5. 7. 1917 bringt einen beachtens-  
werten Artikel von Dr. Molterecht, Arzt in Hamburg, den wir  
nachstehend wiedergeben:

### I.

Unsere modernen Krankenhäuser haben sich immer mehr zu  
Prachtbauten mit verschwenderisch reicher Ausstattung  
entwickelt, die ungeheure Summen für Bau, Einrichtung und  
Betrieb verschlingen; wurden doch seits opferfreudigen Sinnes  
alle Summen bewilligt, die für das Wohl der Kranken als  
erforderlich betrachtet wurden. Allmählich aber wollte jedes  
Krankenhaus eine wissenschaftliche Forschungsstätte sein,  
wollte jede Möglichkeit zu wissenschaftlichen Untersuchungen,  
zur Erprobung neuer Behandlungsarten in weitestem Maße  
bieten können. So wurden selbst bei bescheidenen Verhält-  
nissen recht großartige und teure Anstalten erbaut.

Sind nun überall so überreichlich ausgestattete Häuser  
erforderlich? Nicht! Zustand der Mehrzahl ihrer In-  
sassen den ganzen Aufwand der neuesten Untersuchungs- und  
Behandlungsmethoden nötig?

Wer unsere Krankenhäuser kennt, der weiß, daß die  
große Mehrzahl ihrer Praxisbefohlenen an Krankheitserken-  
nung und -behandlung keine größeren Ansprüche stellt, als  
sie der "praktische Arzt" im Bürgerlichen Haushalt täglich  
zu erfüllen hat und erfüllen kann. Dieselben Krankheitsfälle,  
die er als "Privatarzt" selbst in nur mäßigen Verhältnissen  
zu Hause behandelt, ist er in der Kassenpraxis nur zu oft  
gezwungen, ins Krankenhaus zu schicken. Für seine Privat-  
praxis stehen ihm außerdem die privaten Kliniken zu Gebote,  
in denen er in besonderen Fällen seine Kranken weiter  
behandeln kann. Nur in wenigen dieser Kliniken aber hat der  
Kranke die Summe von Bequemlichkeit, ja Luxus, den auch  
der leichtkränke Kassenpatient im Krankenhaus zu finden ge-  
wohnt ist.

Gewiß, es gibt Fälle, in denen all die teuren und neuen  
Einrichtungen des modernen großen Krankenhauses nötig  
waren, in denen nur sie das Leben gerettet haben, aber diese  
Fälle sind in der Minderzahl; es ist nicht richtig gehandelt, auf  
solche Ausnahmefälle den Zuschuß unserer gesamten neuen  
Krankenhäuser einzustellen. Bedeutet doch der Grundsatz,  
jeden Insassen des Krankenhauses unter Bedingungen zu ver-  
sorgen, die allen für schwierigste Fälle nur erdenkbaren Mög-  
lichkeiten gewachsen sind, eine ganz erhebliche Belastung der  
Allgemeinheit, und hat er doch noch eine Reihe anderer un-  
angenehmer und unzweckmäßiger Zustände im Gefolge.

Die Allgemeinheit, der Steuerzahler, trägt die Last dieser übergrößen Fürsorge. Der verhältnismäßig geringe Be-  
trag, den der Kranke oder seine Kassenklasse für die Kranken-  
hausbehandlung zahlt, deckt die Verwaltungskosten bei weitem nicht, von der Verzinsung der Anlagenkosten gar nicht zu  
reden.

Diese großen Ausgaben für die modernen Kranken-  
häuser bedeuten eine erhebliche und dauernde Vermehrung  
der Steuerlast. Und wenn nach dem Kriege aus später zu  
erläuternden Gründen die Zahl der Krankenhäuser noch er-  
heblich steigen wird und damit die Belastung mit Steuern,  
wie will das zu dem Grundsatz stimmen, der uns jetzt täglich  
ins Bewußtsein gehämmert wird und der Grundsatz bleiben  
muß noch auf Jahre hinaus: zur Sparsamkeit?

Besondere Zeiten erfordern besondere Mittel! Konnten  
wir es uns in guten Friedensjahren leisten, jedes Kranken-  
haus als mustergültige Forschungsstätte mit reichlichster Frei-  
gebigkeit auszustatten, so muß für die kommenden Friedens-  
jahre die Aufgabe für neue Krankenhäuser lediglich darin be-  
stehen, den Kranken so schnell und gut wie möglich der Heil-  
ung zuzuführen. Noch für lange Zeit wird der Grundsatz  
gelten, daß Geld nur für unbedingt nötige Dinge ausgegeben  
werden darf, damit es eben für alle dringend nötigen Dinge  
auch vorhanden ist.

Zu dieser Frage der übermäßigen Kosten kommt für uns  
Ärzte noch etwas anderes: Haft alle modernen Kranken-  
häuser — wenigstens der Großstädte — verschließen der Mehr-  
zahl der Ärzte ihre Pforten. Eine ganz kleine Zahl leitender  
Ärzte mit ihren jungen Assistenten ist dort Herrscher, darf  
sich allein der Kranken annehmen und kann sein Wissen und  
Können durch immer neues Lernen erweitern. Die große  
Menge der praktischen Ärzte, die immer mehr wachsende Zahl  
der Kassenärzte, sieht sich gezwungen, ihre Kranken in Kranken-  
häuser zu schicken, in denen sie selbst nicht behandeln dürfen.  
Ihr Wissen verflacht in überfüllter Sprechstunde. Die  
Beobachtung am Krankenbett, die Grundlage jedes ärztlichen  
Könneins, wird ihnen mehr und mehr genommen.

Und mit dem Schwinden des Könneins verbindet sich  
ein Schwinden der Achtung seitens der Kranken. Das oft  
belegte Sintern des ärztlichen Ansehens hat seinen Grund  
zum Teil darin, daß eine Klasse von Ärzten entstanden ist,  
die in handwerksmäßiger Weise Sprechstundenpraxis treibt,  
zu eingehenden, sorgfältigen Untersuchungen Zeit und Lust  
verloren hat und jeden ernsteren, unbedeuenden Fall zum Fach-  
arzt oder ins Krankenhaus schickt. Können wir uns darüber  
wundern, wenn dem Kranke, der mit offenen Augen zu be-  
obachten weiß, dieses "Barbarus" keine groÙe Hochachtung  
abnötigt, daß unter diesen Verhältnissen das Ansehen des  
Ärztes und bald auch des ganzen Standes sinkt?

Gewiß brauchen wir, wie oben erwähnt, für so manchen  
Kranken die ganze Hülle der Einrichtungen, die neue Er-

Kennnis uns treffen ließ, brauchen wir reichlich ausgestattete Stätten der Forschung, der Erprobung neuer Mittel und Apparate zur Erleichterung und Behandlung von Krankheiten, brauchen wir Anstalten, an denen die junge Aerzteschaft ihre Kenntnisse festigt und ihre Erfahrungen sammelt.

Soll deshalb aber jedes Krankenhaus all diesen und nur diesen Zwecken dienen, sollen alle Kranken, besonders die zahlreichen Kassenkranken, stets nur in diesen Anstalten Aufnahme finden, soll der großen Mehrzahl der Aerzte die Möglichkeit genommen werden, vollwertige Aerzte zu bleiben?

Aber vielleicht sind doch die Erfolge in den neuen, prächtig ausgestatteten Krankenhäusern so erheblich besser; vielleicht ist nur eine geringe Zahl Auserlesener wirklich imstande, vollwertige Tätigkeit auszuüben?

Da gibt uns die Erfahrung des Krieges eine unzweideutige Antwort. Überall und immer wieder werden die großen Erfolge gerühmt, die in der Behandlung verwundeter und kranker Soldaten der deutsche Arzt erzielt hat. Wir wissen, daß die Behandlung gerade der ersten Tage oft über den Erfolg entscheidet; und diese erste Behandlung der Verwundeten, im jetzigen Weltkrieg auch die fast aller und gerade der schwersten Kranken ist Ausgabe des Feldlazarettos. Das ist aber in den allermeisten Fällen recht weit entfernt von der Vollkommenheit der Einrichtung unserer „allen modernen Anforderungen entsprechenden“ Krankenhäuser. In kümmerlichen Dorfhäusern eingerichtet, nur mit dem Notwendigsten an Pflegemitteln ausgestattet, hat es von den großen Krankenhäusern nur das übernommen: peinliche Sauberkeit, möglichst viel Licht und Luft und strengste und freudigste Pflichterfüllung des gesamten Personals. Und wie mit der Einrichtung steht's mit den Aerzten: fast durchweg herrischen da nicht die wissenschaftlichen Größen, die leitenden Aerzte unserer Krankenhäuser, sondern im wesentlichen sind es — neben den akuten Sanitätsoffizieren — die praktischen Aerzte, die Kassenärzte — und mit der Bewertung ihrer Leistungen und Erfolge dürfen sie wohl zufrieden sein.

Es geht also auch mit erheblich einfacheren Mitteln und Kräften, als es im Frieden von unserem Gemeindewesen und ihren Beratern für nötig gehalten wurde. Und daß auch unter diesen einfachen Verhältnissen die Fortschrittsfähigkeit des Aerztes nicht verkümmert, das zeigen zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten aus den Feldlazaretten, zeigt die alte Erfahrung, daß so viele Großstädte der Forschung unter einfachsten Verhältnissen geboren wurden.

Diese Feststellung ist deshalb so besonders wichtig, weil bei dem Anwachsen der Krankenversorgungspflicht die immer neue Kreise und Berufstände in ihren Bann zieht, bei der zu erwartenden weiteren Ausdehnung der Kassenleistungen auf Frauen und Kinder, bei der immer zunehmenden Neigung der Kranken, auch schon bei weniger schweren Krankheiten das Krankenhaus aufzusuchen, die Zahl der Krankenhäuser nach dem Kriege erheblich ansteigen wird. Will man dann in der bisher gelübten Art fortfahren, dann werden zu all den großen, so dringend nötigen Ausgaben der Friedensjahre noch diese, nach dem oben Gesagten nicht durchaus nötigen hinzukommen.

### **Lohnhöhungen in den Irrenpflegeanstalten Berlins.**

Nachdem alle Anträge auf Gewährung der vollen Teuerungs-Zulage an die in den Kranken- und Pflegemittalken Naturalverpflegung erhaltenen Personen konkurrenz abgelehnt worden sind, haben unsere Bemühungen, für das gesamte Personal der Anstalten eine Lohnzulage durchzusehen, in den Irrenanstalten jetzt einen erfreulichen Erfolg gezeitigt.

Im Januar resp. April d. J. hatten wir unsere Anträge gestellt und diese, mit ausführlichen Begründungen versehen, dem Magistrat übermittelt. Ende Mrz erhielten wir im Verlaufe eines umfangreichen Sitzungswechsels folgende Antwort:

Bezüglich der Gewährung einer erhöhten Kriegszulage an die Personen mit Naturalverpflegung muß es bei unserem Be-

scheid vom 25. April 1917, Z. Nr. 220, S. 2-17 verbleiben. Wir haben aber dem gesamten Pflege- und Dienstpersonal der Irrenanstalten neuerlich eine Zulage bewilligt, welche in voller Höhe auch den in der Anstalt versorgten Personen zuteilt wird. Um Auffrage: gez. Maas."

Aus dem Schreiben ging leider nicht hervor, in welcher Weise die Regelung der Zulagen gedacht war, und welche Personen sie erhalten sollten. Selbst die von uns befragten Deputationsmitglieder und Stadtverordneten konnten uns darüber keinen Aufschluß geben, und auch die Anstalts-Direktionen waren nicht in der Lage, die dahingehenden Anfragen der Arbeiterausschüsse zu beantworten. Kein Wunder, daß das Personal der Magistrats-Anstaltung mit einer gewissen Skepsis gegenüberstand. Es kam hinzu, daß ungefähr zur gleichen Zeit bekannt wurde, daß bei der Reiteregelung der allgemeinen Teuerungs-Zulagen auf Antrag des Magistrats das interne Personal wiederum unberücksichtigt bleiben sollte. Erst das energische Auftreten des Gen. Präsidenten in der Stadtverordnetenversammlung führte dazu, daß diese Zulage wenigstens von 12 auf 14 M. erhöht wurde. Vielleicht ist die eindrucksvolle Schilderung der Misere des Irrenpflegepersonals in der Stadtverordnetenversammlung auch nicht ganz ohne Einfluß auf die endgültige Entscheidung des Magistrats geblieben, denn zum ersten Male während der Kriegszeit erlebten wir die Gewissheit, daß die Anträge des Irrenpflegepersonals im vollen Umfang angenommen würden. Der im April für das interne Personal gestellte Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Das in den städtischen Irrenanstalten und der Anstalt „Wuhlgarten“ Naturalverpflegung erhaltende Personal erhält ab 1. April 1917 ab 11 bereits an einigen Stellen erfolgt. Die Hausdienster dagegen haben nur eine Lohnhöhung von 10 M. pro Monat erhalten und das weibliche Haus- und Dienstpersonal mußte sich sogar mit einer Zulage von 5 M. pro Monat begnügen.“

Dieser Antrag wurde, soweit das Pflegepersonal in Frage kommt, reiflos bewilligt und die Nachzahlung für die Zeit vom 1. April bis 11 bereits an einigen Stellen erfolgt. Die Hausdienster dagegen haben nur eine Lohnhöhung von 10 M. pro Monat erhalten und das weibliche Haus- und Dienstpersonal mußte sich sogar mit einer Zulage von 5 M. pro Monat begnügen.

So gern wir auch anerkennen, daß der Magistrat der Stadt Berlin hier den Willen gezeigt hat, die berechtigten und nur auf das Novum beidrängten Wünsche des Pflegepersonals zu erfüllen, so sehr müssen wir es doch bedauern, daß die Anträge des Hauspersonals nicht in der gleichen Weise erledigt worden sind. Soweit uns bekannt ist, sind in 2 der größten Irrenanstalten Berlins Hausdienster überhaupt nicht mehr tätig. Die Arbeit der selben wird ganz vorwiegend von weiblichen Kräften erledigt, die aber nicht den Lohn der früheren Stelleninhaber erhalten, sondern lediglich als Haus-, Küchen- und Wäschemädchen entlohnt werden. Es wäre sicher nur ein Alt der anzulegenden Bereich zu erwägen, wenn man die beiderlei Wünsche dieser Frauen, die zum Teil unter Aufsicht aller ihrer Kräfte arbeiten, ebenfalls erfüllt hätte.

Auch die Arbeiter und Handwerker sind nun endlich, nachdem ihre glücklicheren Kollegen in den Krankenanstalten bereits seit März d. J. eine Lohnzulage von 15 M. pro Monat beziehen, in den Genuss derselben gelangt. Auch sie erhalten, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 20. März d. J. ob die beantragte Zulage von 15 M., und daneben weiter laufend die allgemeine Teuerungs-Zulage. Nur die Gutsarbeiter, von denen annehmen niemand weiß, zu welcher Kategorie von Arbeitern sie gehören, sind bei der Lohnregulierung in den Irrenanstalten leer auszugehen. Wir konnten zwar in der vorigen Nummer unserer „Sanitätswarte“ berichten, daß die Wuhlgarter Gutsarbeiter bereits selbst in sehr energetischer Weise für eine Aufbesserung ihres Löhns gesorgt haben. In den anderen Anstalten haben aber die Gutsarbeiter noch nichts erhalten, und es ist ganz unerklärlich, warum gerade sie mit ihren niedrigen Löhnen von der Lohnzulage ausgeschlossen worden sind. Es ist das sicher nur auf ein Versehen des Magistrats zurückzuführen, und es ist zu erwarten, daß auf den Einpruch der Betroffenen noch nachträglich so schnell wie möglich die notwendige Verfügung erfolgt.

Die Erledigung der Anträge für das interne Krankenhaus-Personal steht leider noch immer aus. Von dem Berechtigungsamt der Berliner Stadtverwaltung darf aber wohl erwarten werden, daß bei eingehendem Studium der nachfolgenden Gegenüberstellung der in den Kranken- und Irrenpflegeanstalten zuwährenden Lohn- und Teuerungs-Zulagen in kürzester Zeit die Anträge des Krankenhauspersonals wünschbar erledigt werden.

## Arrenanthalten.

	Aufangs- lohn	Lohn- zulagen	Teuerungs- zulagen	Gesamtes Einkommen
Büleger . . .	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Pflegerinnen . .	55.—	15.—	14.—	84.—
Hausdiener . .	38.—	10.—	14.—	62.—
Wasch- u. Küchen- mädchen . . .	50.—	10.—	14.—	74.—
Wasch- u. Küchen- mädchen . . .	30.—	5.—	11.—	46.—

## Krankenanstalten.

	An- fangs- lohn	Lohn- zulagen	Teuerungs- zulagen	Gesamtes Einkommen	Mühin- weniger
Büleger . . .	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Pflegerinnen . .	45.—	—	30.—	75.—	9.—
Hausdiener . .	30.—	—	14.—	44.—	18.—
Wasch- u. Küchen- mädchen . . .	38.—	—	14.—	52.—	22.—
Wasch- u. Küchen- mädchen . . .	24.—	—	14.—	38.—	11.—

## Aus den Berliner städtischen Rettungsstellen.

Einen Einblick in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heilgehilfen in den städtischen Rettungsstellen gab eine vor kurzem abgehaltene Versammlung, die wegen des in den Rettungsstellen bestehenden Schichtwechsels an zwei aufeinander folgenden Abenden abgehalten werden musste. Die Heilgehilfen und die während der Kriegszeit eingesetzten Vertreter haben durchweg eine 24-stündige Arbeitsschicht zu leisten, die sich aus einer Tag- und Nachschicht zusammensetzt! Der Dienst beginnt um 1 resp. 3 Uhr mittags und endet am nächsten Mittag um dieselbe Zeit. Auf 24 Stunden Arbeit folgen 24 Stunden Ruhe und, in händiger Reihenfolge, ohne Sonne, ohne Feierabend! Vor Kriegsbeginn war jeder 9. Tag frei; diese Vorrangstellung ist jedoch während der Kriegszeit, ohne irgendwelche Entschädigung dafür zu bieten, einfach gestrichen worden! Die Bezahlung für die angestellten Heilgehilfen beträgt laut Stat 117 Mt. monatlich, steigend pro Jahr um 5 Mt., bis nach 12 Jahren der Höchstlohn von 177 Mt. erreicht wird. Die ausnahmsweise eingesetzten Heilgehilfen dagegen, die sogenannten Vertreter, erhalten für die 24-stündige Tag- und Nachschicht insgesamt einen Schichtlohn von 5 Mt., der nach einjähriger Tätigkeit auf 89 Mt. erhöht wird. Daneben bezahlen alle Heilgehilfen jetzt die allgemeine Teuerungszulage der Stadt Berlin im Betrage von 25 Mt. pro Monat für die Verbraucher und 5 Mt. für jedes Kind. Die Heilgehilfen haben nun im April d. J. bereits zum zweitenmal an das Kuratorium für das städtische Rettungsweesen den Antrag um Aufbesserung ihrer Löhne gestellt. Der erste Antrag ist abbliebig befehlissen worden und auch auf den zweiten Antrag haben sie bis jetzt noch keinen offiziellen Bescheid; nur aus dem Lohnblatt ist zu ersehen, daß den Vertretern eine tägliche Zulage von 50 Pf. gleich 1 Mt. pro Schicht, gleich 15 Mt. pro Monat bewilligt werden ist, während die städtischen Heilgehilfen lediglich eine Aufbesserung ihrer Bezahlung um 5 Mt. pro Monat erhöhen sollen. Diese „Lohn erhöhung“, die in gar keinem Verhältnis zu der wirtschaftlichen Notlage steht, die, wenn man berechnet, daß die Angestellten jetzt pro Monat 3½ Tag mehr Arbeit leisten müssen als in Friedenszeiten, nicht einmal die alten normalen Verhältnisse wieder herstellt, erregte denn auch in der Versammlung allgemeinen und gerechten Unwillen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß der Berliner Magistrat sich sonst von sozialen Wendepunkten bei der Bewilligung der Konjunkturzulagen leiten läßt und den wirtschaftlich schwächeren Beständen die höheren Lohnzulagen bewilligt. Hier in den Rettungsstellen ist es unglaublich! Die Herren haben auf ihren Antrag hin eine Lohnzulage von 50 Pf. pro Stunde erhalten, die angestellten Heilgehilfen dagegen eine solche von noch nicht 1½ Pf. pro Stunde! Mit Recht wurde von einem Versammlungsteilnehmer darauf hingewiesen, daß die Herren sich etwas derartiges dank ihrer guten Organisation auch nicht würden bieten lassen, und daß man auch mit den Herren besten anders umgehen würde, wenn sie ebenso gut organisiert wären! Mollegin Friedrich konnte darauf den Redner führen, daß nicht nur die Herren, sondern auch die städtischen Ärzte zurzeit schon ganz erheblich höhere Lohn- und Teuerungszulagen erhalten, insonderheit in den Betrieben, wo eine starke gewerbliche

Organisation für die Durchsetzung der Forderungen vorhanden ist. An dieser hat es aber in den städtischen Rettungsstellen bisher noch immer gemangelz. Die Versammelten nahmen darauf in beiden Sitzungen einstimmig die nachfolgende Resolution an und erklärten und vollzogen ebenso einstimmig ihren sofortigen Beitritt in unseren Verband.

„Die am 16. resp. 17. Juli 1917 versammelten Heilgehilfen der städtischen Rettungsstellen nehmen hiermit Kenntnis davon, daß ihnen auf ihre zweite Sitzung vom 14. April 1917, betreffend Lohn erhöhung, bis heute noch keine Antwort erteilt worden ist. Sie haben zwar aus den Lohnblättern erschen, daß der Schichtlohn der Vertreter um 50 Pf. pro Schicht und der Lohn der städtischen Heilgehilfen um 5 Mt. pro Monat erhöht worden ist, müssen aber diese Lohn erhöhung als völlig unzureichend bezeichnen und sehen diese im Vergleich zu den erheblich höheren Lohnzulagen in anderen städtischen Verwaltungen als eine starke Benachteiligung der Heilgehilfen an. Die Versammelten wählen eine Kommission von 4 Mitgliedern – drei händige Heilgehilfen und einen Vertreter – und beauftragen die, von neuem die Wünsche und Anträge der Heilgehilfen zu formulieren und diese dem Kuratorium für das städtische Rettungswezen zu übermitteln. Sie drücken den gewählten Kommission bei den zu unternehmenden Schritten ihr unverzüglichstes Vertrauen aus und erwarten vom Kuratorium, daß es sich bei Prüfung der neuen Anträge von etwas größerem sozialen Empfinden leisten läßt.“

## Aus der Praxis.

**Blutegel im Gehöft.** Soziale Gegenstände können in die inneren Verdauungswege geraten, selten aber wird es vorkommen, daß lebende Weien verschluckt werden. Doch mußte vor kurzem, wie der „Moskow“, Handwörter für Naturfreunde, Stuttgart, berichtet, jährlich 12 gut und reich bebilderte Hefte und 4 bis 5 Buchverlagen mit Werken einer naturwissenschaftlicher Schriftsteller, Halbjahrspreis 2,50 Mt. Probehefte kostenlos, ein deutscher Militärarzt die städtischen Soldaten Blutegel aus dem Gehöft ziehen. Die drei Arztreiter stellten sich mit Atembeschwerden und etwas Fieber im Auswurf vor. Sehen konnte man bei der üblichen Untersuchung nichts; doch deckte der Gehöftspipistopf bei dem einen Patienten eine dunkelblaue Masse direkt über den Stimmbändern auf. Mit einer Kornzange wurde diese Masse gefasst. Sie entpuppte sich als ein 2 Zentimeter langer und etwa 2 Zentimeter dicker Blutegel. Bei den anderen beiden Kriegern fand sich derselbe Zustand aus derselben Ursache. Wie waren nun die Tiere in den Gehöften gelangt? Die Erfundungen ergeben, daß die Soldaten nach einer Bahnfahrt, sehr durstig, aus einem Tümpel neben der Station Wasser tranken hatten! Deshalb hatten sie offenbar die Blutegel verdaut. – Diese Erfahrung lehrt, daß außer der Anziehung mit Tropfen, Ruhe und Ekel noch andere Gefahren drohen, wenn man ungefächtes oder nicht genau untersuchtes Wasser in fremdem Lande trinkt. Verbrennende Zeichen sind schon in Deeten infolge dieser Kadavelläuse ausgebrochen. Jetzt wird im Feste freiraum daran geheißen, daß alles Trinkwasser gesundheitlich einwandfrei ist.

**Ein neuer Kunstart nach Dr. Jatz.** Zahreiche Erfinder sind bemüht, den Armmputierten durch Schaffung eines Kunstartes hilfsbereit beizutreten. Es werden manchmal Spatiume genannt. Die Kadaverwundheit hat über den vollkommensten Armmensch noch kein abschließendes Urteil fallen können, naturnämlich, denn alles ist noch im Fluss. Der von Herrn Dr. Jatz in Chemnitz erfundene Kunstartmar hat über den bisherigen Modellen auf dem starken Bringsy und benötigt einen einfachen vom Ellbogengelenk ausgebenden Hebel, um die Hand durch die Steuerung des Gelenks zu öffnen. Der Arm ist ein ausgeprobter Arbeitsarm. Die Kunsthands ist nach einfachen Geisen der Medizinistiniert. Sie besitzt fünf Finger, die in angeordnet sind, daß zwei Daumen den Ringen gegenüberstehen, und sie ist im Handgelenk drehbar. Die Hand kann dünne und dicke Gegenstände nach Belieben erfaßten und loslassen u. s. w. Schreib- und Arbeitsgeräte durch diagonales Dauerschleifenfedern so fest halten, daß sie nicht herausgleiten können. Die Träger sind sofort in der Lage, ohne besondere Übung mit dem Apparat zu handeln. Sie können damit schreiben, den Kreisel balancieren, Latten bewegen und sich in vielen Dingen helfen. Die doppelhändige Arbeit ist dadurch sehr erleichtert, zumal die Hand sich selbsttätig schließt und öffnet. Ein besonderer Vorteil des starken Spatiums ist es, daß die Hand nicht nur eine große Kraft entwiedelt, sondern auch ein ausgeprägtes Dauergefühl besitzt, indem nämlich der Druck des erfaßten Gegenstandes rückläufig durch die starke Bewegungsfähigkeit in breiter Fläche sich auf die Haut des Armmittelpunktes fortpflanzt. Bei dem bisher üblichen Armmputzeisen ist letzterer Natur in die Dauerempfindung, weil die Leitung durch weiche Bänder unterbrochen wird, nur sehr unvollkommen. Dadurch unterscheidet sich die Hand zu ihrem Vorteil von dem vielgeprägten Carnes Arm, der

infolge seiner verweideten Konstruktion wie, zu teuer und zeitiglich zu um Alles einzutragen zu werden. Der Carnes-Arm ist sein Arbeitsarm, während der hier vorliegende Arm auch nach der Rüstung des Kurzarmes abgebaut und verwandt werden kann. Der Dots-Arm ist also auch in sozialer Beziehung von Bedeutung, da er für fünfzig bis hundert Mark hergestellt werden kann, während der Carnes-Arm tausend und mehr Mark kostet. — Eine Zukunft im Rheinland hat die Herstellung übernommen und, da auch die Kriegsministerien die Sache unterstützen, ist anzunehmen, daß der Kurnitarm bald eine größere Verbreitung findet.

## Aus unserer Bewegung.

**Berlin.** Heil für alle. Das Pflege- u. Haushpersonal, neben in zwei Versammlungen, am 18. Mai und am 5. Juli, Stellung zu den jüngsten Teuerungsablagen. Verheiratetes Personal erhält dabei seit paramter Zeit Kriegszulagen. Auch ledige Handwerker erhalten Kriegszulagen, nur dem ledigen Pflege- und Haushpersonal hat man bisher keine Kriegszulagen zugestanden. Dieser Zustand ist natürlich unhaltbar. Romisch nimmt es auch im jewiger Falle an, daß verheiratete Frauen und ledige Männer keine Kündigungszulage bekommen, während das verheiratete Personal Kündigungszulagen erhält. Solche Unterschiede sollten jetzt nicht gemacht werden. Die Ausgaben sind für alle Kinder gleich, ob gleich oder ungleich geboren. Beschlöffen wurde, für das ledige Personal eine Kriegszulage von 15 M. monatlich zu fordern. Die Einnahme ist eingerückt und trägt einbandencheinbedürftig Unterstrichen. Reuegewonnen haben wir bis jetzt in kurzer Zeit 40 M. Gut Hundert sind noch organisationstätig. Diese Hundert zu Minizeiten zu machen, muß aufgabe aller Kolleginnen und Kollegen sein; denn vereint sind auch die Schwachen mächtig.

**Berlin.** Krankenhaus im Friedensdienste. An einer zahlreich besuchten Versammlung des Personals, am 4. Juli d. J., gab Kollegin Krämer zuerst den Bericht über die Ernung des Arbeiterausdrucks. Gegen die Stellungnahme der Direktion in bezug auf die Auszahlung der Bezuage und die Abgabe der Sachen und Räumung des Zimmers im Krankenfall wurde in der Versammlung lebhaft protestiert; und der Erwörter Auseinandis gegeben, daß in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Der Deputationsbeschluß über die Bezahlung der weiblichen Ausbildungskräfte war ebenfalls Gegenstand der Beratungen des Arbeiterausdrucks und der Diskussion in der Versammlung. Es wurde ergrüßt, daß aus 2 Stationen seien. Daher beiden Stationsmädchen Wärterdienste verrichtet, ohne daß ihnen bisher der Wärterinnen- oder gar Wärterlohn abgezahlt worden ist. Der Herr Direktor verließ sich in der Ausführungsfrage darauf, daß auf diesen Stationen, die nebenbei mit Soldaten belegt sind, laut Stat keine Wärterinnen, sondern nur Stationsmädchen erhielten, und daß keine Verfügung darüber bestehe, von wann ab der höhere Lohn an die weiblichen Erziehkräfte zu zahlen sei. Daß die Bedürfnisse über nicht genügend die Beachtung und willkürliche Auslegung der Deputationsverordnung sich in fast allen Krankenanstalten wiederholen, dürfte es zweckmäßig sein, daß die Deputation der nächsten Krankenanstalten unmittelbar Anweisungen an die Direktionen ergebe. In der weitesten Diskussion über Anfallsangelegenheiten wurde beiderseits darüber gestritten, daß eine angemessene Erhöhung der Teuerungsablagen wiederum mit dem Hinweis auf die gewährte Rente vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung angelebt werden und gleichzeitig wiederum eine Verschiebung des Gehens eingetragen ist. Daß diese Höherverschlechterung nicht nur mit der allgemeinen Knappheit der Nahrungsmitte begründet werden kann beweist am besten der Sonntagstest, der dem 1. und 2. Tisch noch allmählich trotz Mehr- und Zusatznahrung geliefert wird. Das Personal beschloß nach eingehender Erörterung der Ansfrage, in einer allgemeinen Weitberichterstattung an die Direktionen auch die iesige Art der Belästigung, die neben der knappen Ernährung fast ausschließlich aus Tropenmilie und dünnen Brotstücken besteht, Protest einzulegen und die Lieferung von ausreichender, nahrhafter und schmackhafter Art zu verlangen. Das Protestdokument ist inzwischen, mit 142 Unterschriften versehen, der Direktion übermittelt worden.

**Charlottenburg.** Das Haush- und Pflegepersonal der Charlottenburger Krankenanstalten beschloß sich in einer gut besuchten Versammlung am 19. Juli d. J. mit der Frage der Erhöhung der Teuerungsablage. Bei der im April d. J. vorgenommenen Neuordnung der Teuerungsablagen durch den Charlottenburger Magistrat ist das interne Personal der Charlottenburger Krankenanstalten unberücksichtigt geblieben. Diese Zurücksetzung ist unverständlich, zumal die Grundlohn bei allen Gruppen außerordentlich ist, zu den niedrigsten in Groß-Berlin zählen. Die dem Personal seit 1. Juli 1916 gewährte Teuerungsablage

von monatlich 6 M. vermag in der gegenwärtigen Zeit einen Ausgleich gegen die noch fortgelebte Teuerung nicht herzustellen. Wohl hat der Charlottenburger Magistrat Ende Dezember v. J. dem ledigen Personal, sofern es mindestens ein halbes Jahr in Dienst stand, eine einmalige Teuerungsablage von 30 M. gewährt. Es beträgt somit im Jahre 1916 die gesamte Teuerungsablage 36 M. oder 7 1/2 M. pro Monat. Wie gesagt, diese Summe hat nur ein Teil des Personals erhalten. Seit Anfang 1917 beträgt die Teuerungsablage nur 6 M. pro Monat. Gegenüber Berlin, wo dem Personal eine Teuerungsablage von 14 M. pro Monat gewährt wird, ist das ein großer Nachteil. Dazu kommt noch, daß in den Berliner Krankenanstalten die Grundlohn weit höher sind, als in Charlottenburg. Angeklagtes müssen in beschlossen werden, der Direktion der Krankenanstalten einen Antrag um Erhöhung der Teuerungsablagen um 12 M. pro Monat zu unterbreiten. Hoffentlich wird bei der Direktion, wie im Charlottenburger Magistrat bereits das notwendige Verständnis vorhanden sein.

**Schöneberg.** Augusta Victoria-Krankenhaus. An einer überaus gut besuchten Versammlung am 24. Juli eröffnete sich das Personal des Augusta Victoria-Krankenhauses mit der Erhöhung der Teuerungsablage. Beschlöffen wurde, eine Erhöhung der monatlichen Teuerungsablage von 12 M. zu beantragen. Damit würde die Teuerungsablage bezw. der Lohn auf die Höhe, wie er in den Berliner Krankenanstalten üblich ist, gebracht sein. Bei Berücksichtigung der maßlosen Teuerung nicht für Lebensmittel, sondern für alle Gebrauchsgegenstände, in es das Wunderbare dessen, was das Personal beanspruchen muss, um einigermaßen den Anforderungen des Lebens genügen zu können. Bei den maßgebenden Körperchaften wird hoffentlich das notwendige Verständnis für die Wünsche des Personals nicht fehlen.

## Rundschau.

**Auf Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.** Der Bericht des Amtes Auguste Victoria-Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich über das 7. Geschäftsjahr, vom 1. April 1915 bis 31. März 1916, ist jetzt im Verlag erschienen. In der allgemeinen Uebersicht sind mehrere Stellen von allgemeiner Bedeutung. So wird a. a. betont, daß die Anzahl der Neugeborenen, die auf dem Gebiete kirchlicher Belehrung, die Unterrichtsstunde und Vorträge für Mütter heute zwar ein unbedingtes Erforderniß sind, doch sie ergibt keinen Beitrag zur Säuglingssterblichkeit. Stets werde durch Wort und Tat zum Ausdruck gebracht, daß nur auf dem Wege der Kirche ein voller Erfolg der Aufklärungsarbeit besichert sein kann. Eine besondere Genugtung ergibt es, daß die Durchführung dieses Bildungsbogens, der anfangs von einzelnen Stellen wie: prüfenden Widerstand erfuhr, heute nicht nur von Vereinen, sondern auch von den Bedürfnissen einfließt, wodurch es möglich ist, daß die umfassende Einführung der Sauglingsaufsicht in den Schulunterricht nur noch eine Frage der Zeit ist. In Breiten wird der Plan erläutert vorbereitet. Mehrere Städte: Braunschweig, Erfurt, Greifswald, Rostock, Schöneberg haben den Unterricht schon eingeführt. — Außerordentlich groß waren die Anmeldungen der Schülerinnen zur Ausbildung in der Säuglingspflege. 1228 Schülerinnen lagen vor. Aber mit Rücksicht auf die Überfüllung der Räume war es wiederum unvermeidlich, daß nur der geringste Teil der Anmeldungen angenommen wurde. Auch konnte leider wiederum nur ein kleiner Teil der Gefüde von häuslichen Betrieben, Vereinen und Ämtern um Überlassung geäußert. Pflegekräfte für den Kirchunterricht bereitzustellen. — Der Schluß der allgemeinen Uebersicht meint, alles zu tun, damit die Mutter die Mittel erhält, die sie unbedingt haben muß. Die bisherigen Aufgaben der Kirche sind durch den Krieg ausser acht geworfen; die Mutter wird über e. s. neueren Anforderungen aufgeklärt werden müssen. Die Ausbildung von Fürsorgerinnen zu größerem Eile, insbesondere zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit auf dem Lande, ist eine dringende Notwendigkeit. Genügt ab müssen mindestens zwanzig bis dreißig Frauen jährlich einen Beruf ausüben, der Beruf ausüben. Dazu sind mehr Mittel notwendig, als der Kirche zur Verfügung stehen. Die Mittel müssen aber befreit werden, denn sonst ist die Gefahr eines Stillstandes und Rückgangs sehr groß. — Zu dem Abschluß über Erhebungen und Maßnahmen wird auch berichtet über die Arbeit von Dr. Röhl: Geburtenhäufigkeit, Säuglingssterblichkeit und Säuglingsdauer in den beiden Kriegsjahren. Von den Ergebnissen der Untersuchungen ist besonders beachtenswert, daß sich die Reichswahlen bis 1914 als sehr reich ergaben haben. Es wird erwartet, daß die Reichswahlen 1915 in irgendeiner Form in die Direktionswirtschaft übernommen wird.